

„Wir brauchen Mut, Verbindlichkeit und Demut“

Im Gespräch. Wachstum finden und die Energiewende schaffen: Österreichs Wirtschaft steht 2025 vor einem Kraftakt. Dabei spielen nachhaltige Vergaben eine Hauptrolle, sagt Martin Schiefer, Schiefer Rechtsanwälte.

INTERVIEW: ANDRÉ EXNER

Die Presse: Wenn wir das Jahr 2024 Revue passieren lassen - was waren aus vergaberechtlicher Sicht die wichtigsten Entwicklungen?

Martin Schiefer: Wir haben gelernt: Transformation lässt sich nicht aufhalten, denn die Zukunft wird nicht einfach, wie Geopolitik, Hitzerekorde und Hochwasserkatastrophen zeigen. Der „Green Deal“ ist gekommen, um zu bleiben. Das zeigt der Rückblick auf das abgelaufene Jahr deutlich: Ein wesentlicher Meilenstein für die Vergabeszene war die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Fall „Müller vs. Austria“ im Sommer. Denn auch dabei ging es um die Zukunft: Die österreichische Regierung ist in der Umsetzung von Maßnahmen, die die Auswirkungen des Klimawandels eindämmen sollen, säumig geblieben. Ein an Multipler Sklerose Erkrankter brachte Klage ein - und bekam Recht. Eine Entscheidung, die neue Maßstäbe für die öffentliche Beschaffung setzen dürfte: Das Menschenrecht auf Klimaschutz steht vor der Tür. Mit diesem richtungsweisenden Urteil wurde für alle Beteiligten deutlich, dass nachhaltige Vergaben nicht mehr nur eine Option, sondern eine Verpflichtung für Auftraggeberinnen und Auftraggeber sind. Das Erfüllen von strengen ESG-Kriterien in der öffentlichen Beschaffung wird also künftig eine Schlüsselrolle einnehmen. Auch hat das abgelaufene Jahr eindrucksvoll vor Augen geführt, wie wichtig das Bauwesen bei der ökologischen Transformation ist. Der Sektor trägt fast 40 Prozent der globalen CO₂-Emissionen. Projekte wie die Initiative „Raus aus Gas“ der Stadt Wien waren erste Schritte, doch die Geschwindigkeit bleibt unzureichend, es braucht viel mehr Fokus auf lebenszyklusorientierte Planung und serielle Sanierungen, um die CO₂-Emissionen nachhaltig zu senken.

Gleichzeitig wurden im abgelaufenen Jahr österreichweit viele Großprojekte gestoppt, oft nach langer Vorlaufzeit und viel Vorarbeit. Wo hakt es, warum können wichtige Vorhaben nicht umgesetzt werden? Ob U-Bahn in Salzburg, Leitspital in Liezen oder die neue Digitaluni in Linz: Immer wieder landen vielversprechende Projekte auf dem Abstellgleis. Es ist tatsächlich so, dass größere Infrastruktur-Vorhaben in diesem Land derzeit fast nicht zu realisieren sind. Das ist nicht nur ein Drama für die langfristige Perspektive des Wirtschaftsstandorts,



„Wenn öffentliche Milliardenprojekte scheitern, geht viel Arbeit verloren“, warnt Vergaberechterspezialist Martin Schiefer, Schiefer Rechtsanwälte. [Cairo Kauffmann]

sondern gerade auch in der aktuellen Wirtschaftsflaute fatal, weil von solchen Projekten bedeutende Impulse für die gesamte Wirtschaft ausgehen, weit über die Baubranche hinaus. Wenn wichtige öffentliche Milliardenprojekte scheitern, geht zudem viel Arbeit verloren. Schließlich haben sich die besten Expertinnen und Experten mit den jeweiligen Projekten monatelang ausführlich beschäftigt, diese durchdacht, durchgeplant und weitgehend auch zur Genehmigung gebracht. Solche Vorhaben doch abzublenden, schadet der Volkswirtschaft und bremst die notwendige Transformation der Wirtschaft. Nicht nur, weil enorme Planungskosten entstehen, sondern auch, weil wichtige Weichenstellungen für die Zukunft des Landes nicht realisiert werden.

“ Die Zukunftsfähigkeit unseres Landes hängt von unserer Fähigkeit ab, Veränderungen aktiv zu gestalten.

Offenbar liegt es nicht am Geldmangel. Was bremst die Transformation? Vor allem veraltete Denkmuster. Denn die „Not-in-my-Backyard“-Denkweise ist in Österreich bekanntlich besonders tief verwurzelt. Umfragen bestätigen, dass alle gern mehr umweltfreundliche Energie, schnellere öffentliche Anbindung oder eine bessere Gesundheitsversorgung hätten, doch wenn die Projekte dafür in der eigenen Umgebung errichtet werden sollen, formiert sich in der Praxis oft umgehend eine entsprende Bürgerinitiative, um die Veränderungen im Keim zu ersticken. Hier müssen wir ansetzen, denn die sture Blockadehaltung einzelner Interessengruppen darf nicht das Gemeinwohl behindern. Es braucht nicht nur Mut zur Entscheidung, sondern auch zur Umsetzung.

Wird es 2025 besser? Wird es genü-

gend öffentliche Ausschreibungen geben oder droht angesichts der klammen Kassen ein Sparzwang?

Mehr als 70 Milliarden Euro: Das ist die Summe, welche Österreich Jahr für Jahr für öffentliche Vergaben ausgibt - vom Kindergarten über die neue Ortsumfahrung, vom Spielplatz bis zu Megaprojekten wie U-Bahn- und S-Bahn-Ausbau. Auch im kommenden Jahr werden die Mittel vorhanden sein. Denn das Land kann nicht gestoppt werden und die Auftraggeber wissen: Die öffentliche Beschaffung ist nicht nur einer der wichtigsten Hebel, um die erlahmte Wirtschaft gezielt anzukurbeln - sondern auch um nachhaltige und zukunftsfitte Strukturen zu etablieren und die Transformation im Sinne des „Green Deal“ der Europäischen Union zu beschleunigen.

Es wird also auch im neuen Jahr zahlreiche Vergabeverfahren geben. Was sollten sich Auftraggeberinnen und Auftraggeber für diese ins Pflichtenheft schreiben?

Den Fokus auf Nachhaltigkeit: Jede einzelne Vergabe kann ein Investment in eine nachhaltige Zukunft sein. Um das zu erreichen, haben die Auftraggeberinnen und Auftraggeber den wichtigsten Hebel. Es gilt, das Vergaberecht gemeinsam neu zu denken. Auftragsvergaben sollten ein Belohnungstool für verantwortungsvoll wirtschaftende Unternehmen sein, statt der „Geizist-geil“-Denkweise sollte endlich das Bestbieterprinzip den Ton angeben. Vergaberecht muss als Blue Public Procurement verstanden werden, angelehnt an das Prinzip der Blue Economy, das nicht den Verzicht, sondern die Weiterentwicklung unserer Systeme als Schlüssel für eine lebenswerte Welt

sieht - zum Nutzen der Wirtschaft, der Umwelt und der Gesellschaft.

Gerade im abgelaufenen Jahr scheiterten viele vielversprechenden Projekte am Ende an populistischer Kritik oder am Widerstand marginaler Interessensgruppen. Haben Fakten und Argumente im Zeitalter von Social Media und Fake News überhaupt noch die notwendige Breitenwirkung?

Ich gebe nicht auf, an die Kraft von Sachargumenten zu glauben, und bin davon überzeugt, dass es bei Infrastrukturprojekten zunächst eine klare, transparente Kommunikation braucht. Denn wer den Bürgerinnen und Bürgern erklärt, warum etwas nachhaltiger Sinn macht, kann mit Sachargumenten die Mehrheit überzeugen. Sobald dann die Entscheidung auf sachlicher Basis getroffen worden ist, muss diese natürlich auch umgesetzt werden - auch wenn das möglicherweise unpopulär ist. Dafür ist seitens der Politik mehr Verlässlichkeit notwendig. Wir brauchen Politikerinnen und Politiker, die nicht nur entscheiden, sondern auch zu ihren Entscheidungen stehen. Auch bei Gegenwind. Das ist eine Frage von Führungsqualität: Nicht nur zu tun, was die Leute fordern, sondern das zu tun, was das Land braucht. Dafür braucht es Mut, Visionen und Beharrlichkeit. Die Politik muss verändern, statt nur zu verwalten - und die Bürgerinnen und Bürger dürfen sich von populistischen Tricks nicht den Blick auf das große Ganze vernebeln lassen. Mein Appell für das neue Jahr richtet sich daher an die Politik, aber auch an uns alle: Setzen wir klare Prioritäten und sorgen wir dafür, dass Entscheidungen nicht in Kompromissen ertrinken.

Schiefer Rechtsanwälte hat mit den Schiefer Festspielen eine viel beachtete Veranstaltungsreihe unter dem Motto „Vergaberecht neu denken“ gestartet, die auch im neuen Jahr fortgesetzt wird. Wie sind die Erfahrungen - was sind die wichtigsten Aufgaben, die vor uns stehen?

Wir haben die Schiefer Festspiele ins Leben gerufen, um mit den besten Köpfen aus Wirtschaft, Recht, Verwaltung und Politik gemeinsam zu eruiieren, wo sich die wichtigsten Stell-schrauben befinden. Denn damit die Transformation gelingt, müssen alle an einem Strang ziehen. Dabei werden auch Best-Practice-Beispiele gezeigt und die Besten der Besten aus

der Vergabewelt ausgezeichnet. Der Fokus liegt auf innovativen Projekten, die dem Motto „Vergaberecht neu denken“ entsprechen und symbolisieren, wie öffentliche Beschaffung jetzt und in Zukunft gestaltet werden sollte. Die Erfahrungen sind positiv und belegen: Die Zukunftsfähigkeit unseres Landes hängt von unserer Fähigkeit ab, Veränderungen aktiv zu gestalten. Wir brauchen daher Mut, Verbindlichkeit und Demut. Österreich kann zum Vorreiter des „Green Deal“ werden, wenn wir gemeinsam handeln - jenseits politischer und gesellschaftlicher Egoismen und stets mit den Interessen unserer Umwelt, unserer Demokratie, unseres Wohlstands und der kommenden Generationen im Blick.

INFORMATION

Diese Seite entstand mit finanzieller Unterstützung von Schiefer Rechtsanwälte.

SCHIEFER RECHTSANWÄLTE

Die Kanzlei fokussiert sich mit rund 50 Mitarbeitenden und Niederlassungen in ganz Österreich auf die Beratung öffentlicher Auftraggeber. Schiefer Rechtsanwälte begleitet Vergabeprozesse von der Ursprungsidee bis zum erfolgreichen Abschluss und deckt dabei auch relevante Bereiche wie Beihilfenrecht, Wettbewerbsrecht und Strafrecht ab - aber auch rechtliche Aspekte der Digitalisierung sowie die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung im Streitfall. Mit den jährlichen Schiefer Festspielen bietet die Kanzlei eine Bühne, um die Besten der Vergaberechtszene zusammenzubringen und die Top-Projekte auszuzeichnen.

www.schiefer.at